

Protokoll "Grosssiedlungen nur für Flüchtlinge" Runder Tisch der CDU vom 11.12.2015

Am Freitag, den 11.12.2015 wurden wir gemeinsam mit einigen anderen Initiativen zu einem runden Tisch der CDU zum Thema „Grosssiedlungen nur für Flüchtlinge; Die Angst vor der Ghettoisierung“ eingeladen. Moderatorin war die flüchtlingspolitische Sprecherin der CDU, Frau Karin Prien.

Teilnehmer waren

- Prof. Dr. Jürgen Friedrichs, Universität zu Köln, Institut für Soziologie und Sozialpsychologie
- Gero Tuttlewski, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht
- Axel Gedaschko, GdW Bundesverband dt. Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. und
- Birgit Stöver, Stadtentwicklungspolitische Sprecherin der CDU-Bürgerschaftsfraktion

Nach dem kurzen Grußwort von Herrn Trepoli, dem CDU Faktionsvorsitzenden, führt Frau Prien als Moderatorin durch den Abend und erteilt zunächst Herrn Prof. Dr. Friedrichs das Wort, der zunächst zum Thema „sozial-räumliche Integration“ referiert.

Herr Prof. Dr. Friedrichs forderte Dispersion statt Konzentration bei der Flüchtlingsunterbringung und sieht vor allem folgende Risiken der geplanten Grosssiedlungen:

- Räumliche Isolation durch fehlende Anbindung (sowohl sozial als auch infrastrukturell)
- Diskriminierung durch Gebäude (da Konzentration einer hohen Flüchtlingszahl pro WE)
- Geringe soziale Kontaktchancen
- Höheres Konfliktpotential

Er betont, dass durch den Kontakt mit der Nachbarschaft Hilfechancen eröffnet werden. Neben den anderen sozialräumlichen Aspekten der Integration wie KITA, Schulen und an Arbeitsplätzen ***sieht der Soziologe insbesondere die Nachbarschaft als wichtigen Integrationsfaktor.***

Herr Prof. Dr. Friedrichs empfiehlt eine kleinteilige Unterbringung um eine gute Integrationschance zu ermöglichen und auch dem Umfeld die Chance zu geben die Geflüchteten in ihrer Mitte aufzunehmen. Laut ihm müssen die Anreize für den sozialen Wohnungsbau für Investoren höher sein und er betont: „ohne Zuwendung des Bundes geht das nicht!“ Wenn Baugenossenschaften bauen wollen, müssen sie KITAs, Schulen und weitere Infrastruktur mit finanzieren. Hier müsste eine Erleichterung und Verschlinkung des Baurechts erfolgen. Außerdem können zeitliche Abläufe noch weiter optimiert werden. Frau Stöver merkt an, dass durch eine Drucksache der Oberbaudirektor Prof. Walterermächtigt wird, bei allen städtebaulichen Maßnahmen Veto einzulegen und Einfluss auszuüben. Dies würde die Projektzeit oftmals erheblich in die Länge ziehen. Sie fordert die Abschaffung dieser Regelung.

Zudem verweist der Professor auf die Studie „ARD-Deutschland Trend 2015“ von infratest dimap (<http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2015/oktober/>) in der deutlich wird, dass die Angst vor dem Flüchtlingszustrom in Deutschland in den letzten Wochen zugenommen hat. Ursache sieht er vor allem in den Terroranschlägen und dem Unkenntnis der Deutschen über die fremde Kultur des Islams. Er verurteilt dies jedoch nicht, sondern sieht dies als logische Konsequenz der Medienberichterstattung, die den Islam meist nur mit Terror in Verbindung bringt und die guten Seiten wie zum Beispiel die beeindruckende Kunst und Architektur des Islam in den Hintergrund rücken lässt.

Herr Gedaschko gibt zu bedenken, dass bereits heute 800.000 Wohnungen in Hamburg fehlen. Den Grund hierfür sieht er in einem Trend, den er das „Schwarmverhalten“ Jugendlicher nennt. „Diese

zieht es vermehrt in hippe Städte“, so Gedaschko. Zu dieser Zahl an fehlenden Wohneinheiten müssen nun Zusätzliche für die große Zahl an Flüchtlinge kommen. Er betont, dass die Wohnungsnot auch schon vor der Flüchtlingskrise in Hamburg bestand.

Die 1,7 Mio Leerstand, die oftmals in der Presse zitiert werden stammen aus einer Erhebung aus dem Jahr 2011. Bis heute hat sich diese Zahl laut Herrn Gedaschko bereits auf 25% reduziert. Außerdem wurden damals auch Wohnungen einberechnet, die sich bereits in einem Vermietungsprozess befanden. **Nach seinen Einschätzungen sind heute mit den seither neu entstandenen Wohnungen nur noch rund 700.000 WE in Hamburg frei.**

Auf die Frage der Moderatorin an Herrn Tuttlewski was in seinen Augen die Klage-Motiven der Bürgerinitiativen sind, führt dieser an, dass sich die Anwohner von der Politik überrumpelt fühlen und sich einer Größenordnung an Flüchtlingssiedlungen gegenübersehen, deren Integration von den angrenzenden Nachbarn nicht zu realisieren ist. **„Die Sorgen der Anwohner werden von der Politik weggelächelt“,** so Tuttlewski. Er stellt fest: **„Man kann nicht nur von einer Flüchtlingskrise sondern viel mehr von einer Verwaltungskrise sprechen.“**

Diese **„Privatisierung staatlicher Verantwortung“** war in den vergangenen Monaten bereits gut in der freiwilligen Flüchtlingshilfe zu beobachten.

Herr Tuttlewski stellt klar, dass es kein Widerspruch ist, sich für die Flüchtlingshilfe zu engagieren und gleichzeitig jedoch mit der Verwaltungssituation unzufrieden zu sein und dann auch in letzter Konsequenz, nach Ausschöpfung aller anderen Möglichkeiten, zu klagen.

Frau Stöver geht im Anschluss dem oft gehörten Statement „Es gibt keine Alternative“ auf den Grund. Sie lehnt das momentan entstehende zwei Klassen Baurecht, indem privaten Investoren den Kürzeren ziehen und sich die Stadt durch die Gesetzesauslegung Vorteile bei Bauprojekten verschafft, entschieden ab. Sie stellt fest, dass die 80.000 für Flüchtlinge geforderten Wohnungen, reine Mutmaßung und keine belastbare Zahl ist, denn keiner weiß momentan, wie sich die Situation in den nächsten Monaten entwickeln wird. **Ihrer Meinung nach wird die „Notfallsituation“ vom Senat selbst hochstilisiert. „Die Situation wird ausgenutzt um günstig und schnell Wohnraum zu schaffen, wo dies sonst nicht möglich wäre“,** so Stöver. Herr Gedaschko merkt an, dass viele kleine Genossenschaften gar nicht an Flüchtlinge vermieten, da Ihnen die rechtliche Lage zu komplex ist. Hier müsste die Stadt Hilfe und Beratung anbieten um auch das Angebot kleinerer Vermieter in das Wohnungsangebot für Flüchtlinge mit aufnehmen zu können. Laut seiner Aussage sind mindesten 3 Jahre intensive Betreuung notwendig. Für ihn ist jedoch eines klar: „Man muss jetzt investieren - sofort!“

Bevorzugter Partner der Stadt bei dem Bau der Großsiedlungen ist die SAGA GWG, ein 100% Tochterunternehmen der Stadt Hamburg.

Stöver bemängelt, dass einfach Fakten geschaffen werden und oftmals die Salamtaktik bei Informationsveranstaltungen angewendet wird. Die Anwohner werden bewusst nur häppchenweise und oft verspätet mit den notwendigsten Informationen versorgt.

Sie sieht mit Bedenken, dass der Senat in den vergangenen Jahren Bezirksämter und Bauämter kaputt gespart hat und somit der momentanen Situation nicht gewachsen ist.

Die CDU fordert zur Entlastung der Situation in Hamburg die Reaktivierung des Wohnungszuweisungsgesetzes für eine größere Planungssicherheit. (Hintergrundinfo hierzu unter <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/spaetaussiedler-wohnt-zuweisung-muss-akzeptiert-werden-aid-1.2280033>)

Gleichzeitig führt Stöver Städte wie Dresden, Köln oder München ins Feld, die mit der aktuellen Flüchtlingssituation wesentlich vernünftiger und gelassener umgehen und sich die Zeit für sinnvolle und nachhaltige Wohnungsbau und Sanierungskonzepte zum Wohle aller nehmen und mit der normalen 1/3 Durchmischung planen. [Hier muss jedoch fairerweise angemerkt werden, dass diese Städte keine Stadtstaaten sind und Geflüchtete somit auch im städtischen Umland gut unterbringen können.] Die stadtentwicklungspolitische Sprecherin fordert eine Gerechtigkeitsdebatte nicht nur auf EU-Ebene, sondern auch auf Bundesebene.

Herr Gedaschko merkt hierzu an, dass Hamburg durchaus Gespräche zum bilateralen Austausch mit anderen Bundesländern wie z.B. Mecklenburg Vorpommern geführt hat, diese Gespräche aber am Ende gescheitert sind, was seiner Aussage nach nicht an Hamburg lag. Er bestätigt, dass **der Königsteiner Schlüssel das undenkbar ungeeignetste Instrument für die Verteilung der Geflüchteten innerhalb Deutschlands** ist. Laut §45 Asylgesetz in dem die Verteilungsquoten festgesetzt sind, muss das Bundesland Hamburg mit 0,2% der gesamtdeutschen Fläche 2,5% aller Flüchtlinge aufnehmen, während Mecklenburg Vorpommern mit 6,5% Fläche nur 2% beherbergen muss.

Das Asylgesetz sieht den Königsteiner Schlüssel nur als subsidiär vor, wenn sich die Bundesländer nicht anderweitig einigen können. **Laut Gedaschko müsste Hamburg diesen Schlüssel aggressiver in Frage stellen – zur Not auch mit einer Klage beim Bundesverfassungsgericht!**

Aus dem Zuhörerkreis wird die Erosion demokratischer und parlamentarischer Prozesse scharf ins Gericht genommen. Diese Aussage bekräftigend, bringt Frau Prien ein Beispiel für die momentane **„Politik des Faktenschaffens“** an und führt den Antrag zur Änderung des Baugesetzes ins Feld, den Oppositionsparteien am Dienstagabend zugestellt bekamen, der aber am Mittwochabend bereits abgestimmt werden sollte. Auch hier setzen die Regierungsparteien auf die Überrumpelungstaktik um Ihre Interessen durchzusetzen. Nur mit Mühe konnte der Antrag auf den Februar verlegt werden um eine ordentliche Vorbereitung zur Entscheidungsfindung zu ermöglichen. **„Wir erleben momentan die Arroganz der Macht“**, so Prien.

„Personen sind umso mehr mit einer Regelung zufrieden, je mehr sie das Gefühl haben, dass diese gerecht ist und alle gleichermaßen belastet“, stellt Prof. Dr. Friedrichs fest. Er empfiehlt außerdem, erst einmal ein Kataster dessen zu erstellen was vorhanden und was möglich ist, bevor 800er Lösungen gebaut werden.

Herr Gedaschko fordert ergänzend ein gerechtes Abwägungsergebnis im Vorab und keine nachgezogenen Bauleitplanverfahren. Er hebt hervor, dass der §246 Absatz 14 eigentlich eine Notfallklausel für Einzelfälle darstellt und keinesfalls dafür gedacht ist, eine Großzahl von Neubauprojekten in Hamburg zu rechtfertigen.

Herr Tuttlewski empfiehlt das Baurecht so zu gestalten, dass insgesamt leichter gebaut werden kann – auch von Privat und auf kleinteiligen Flächen. **Es gibt Flächen und auch Angebote von Bürgern, die Stadt weigert sich jedoch diesen nachzugehen, und tut diese als zu zeit- und kostenintensiv ab.**

Auffällig ist, dass mit Blick auf das Sozialmonitoring, gerade in sowieso schon schwachen Gebieten die Großunterkünfte entstehen sollen, bemerkt Frau Stöver.

Aus dem Publikum äußert sich die Vorsitzende des Bauunternehmerverbandes und gibt zu bedenken, dass schlichtweg die Unternehmen fehlen, die die momentan geplanten Unterkünfte überhaupt in solch kurzer Zeit umsetzen können und wollen. Dass bis Weihnachten 2016, 5400 neue Wohnungen entstehen, sieht sie kritisch.

Die Baugesellschaft Otto-Wulf wurde von der Stadt mit einem Exklusivvertrag bedacht, nachdem sich in einer ersten Ausschreibungsrunde keine anderen Baugesellschaften gefunden hatten. Das

Vergaberecht wurde somit ausgehebelt. Die Behörde sprach dann das Bauunternehmen ihrer Wahl an und unterbreitete diesem einen Exklusivvertrag.

Auch auf die Situation am Öjendorfer Park wird aufmerksam gemacht. Mit Blick auf das Städtebauprogramm 2013 (12.000 WE) und dem 2014 verabschiedeten Wohnungsbau Projekt „Stromaufwärts an Elbe und Bille“ (15.000-20.000 WE) wird gefordert: „Man muss nicht aufstocken, man muss einfach einmal anfangen.“ Teil des Wohnungsbau Projektes ist auch die Gartenstadt Öjendorf.

Auf die Frage einer ZuhörerIn, wie viele Geflüchtete ein Gebiet verträgt, antwortet Herr Prof. Dr. Friedrichs wie folgt: „Das hängt davon ab, wer da wohnt – **in sozial schwachen Gebieten sollten solche Großprojekte auf keinen Fall angesiedelt werden!** In sozial stärkeren Gebieten erachtet er eine Obergrenze von 10% als sozial vertretbar und sinnvoll.“

Protokoll der Initiative NatürlichMITTEndrin! Vom 13.12.2015